

zes, nämlich „das mangelnde Vertrauen in die Kontinuität und Irreversibilität des Gesamtprojekts“.

Zunächst hat der interne Warenaustausch signifikante Zuwachsraten verzeichnet. Nicht genau feststellbar ist aber, ob dies durch den punktuellen Zollabbau erreicht wurde oder doch eher ein Phänomen der allgemein verbesserten Wirtschaftslage in den Mitgliedstaaten ist. Zukünftig will man eine lineare Senkung der internen Zölle vereinbaren. Hier wird sich allerdings erst zeigen, inwieweit die Regierungen bereit und willens sind, besonders sensible nationale Wirtschaftsbereiche einem ungeschützten Wettbewerb auszusetzen. Speziell zwischen Argentinien und Brasilien sind diesbezüglich schon erste Spannungen sichtbar geworden. Paraguay und Uruguay spielen dabei nur eine untergeordnete Rolle. Und dann wird auch das Problem auftauchen, ob man weiterhin die Streitschlichtung allein auf politischer Ebene austragen will oder ob nicht doch unabhängige Gemeinschaftsorgane, sprich: Gerichte mit supranationalen Kompetenzen, erforderlich sind.

Wehner befaßt sich ausführlich mit der Kritik am Mercosur wegen seines fehlenden Institutionengefüges, einhergehend mit der geringen Neigung bei den Mitgliedstaaten, vom Prinzip des „rein zwischenstaatlichen intergouvernementalen Integrationsansatz(es)“, abzurücken.

Dieser Ansatz ist insofern auch verständlich, da das – vermeintliche – Vorbild Europäische Union aufgrund der Ausgangslage und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keinen exemplarischen Charakter für die Entwicklungsländer auf dem Subkontinent haben kann. Zum anderen bietet die in jeder Hinsicht defizitäre Andengemeinschaft, die dem EU-Vorbild anscheinend nacheifern will, wenig Anlaß zur Übernahme dieses Modells.

Dennoch bleibt abzuwarten, ob tatsächlich, wie Wehner es tut, vom Mercosur als einem Integrationsmodell *sui generis* gesprochen werden kann. Denn noch immer ist die Freihandelszone als Vorstufe zu dem geplanten Gemeinsamen Markt nicht ausreichend verwirklicht, um aus dieser Gemeinschaft schon ein Modell konstruieren zu können.

*Jürgen Saligmann, Bonn*

*Klaus Bodemer / Heinrich-W. Krumwiede / Detlef Nolte / Hartmut Sangmeister (Hrsg.)*

**Lateinamerika-Jahrbuch 2000**

Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg

Vervuert-Verlag, Frankfurt/Main 2000, 312 S., DM 28,--

Auch der neunte Band dieser erst 1992 begonnenen Reihe, die übrigens ein gelungenes Beispiel dafür ist, dass auch relative Spätentwickler sich erfolgreich auf dem Markt etablie-

ren können<sup>1</sup>, überzeugt mit seiner wiederum gelungenen Kombination von gediegener Analyse und faktenreicher Berichterstattung. Gegliedert wie seine Vorgänger<sup>2</sup>, widmet er sich eingangs mehreren gesamtlateinamerikanischen Themen in Aufsatzform und referiert sodann die Entwicklungen einschließlich statistischer Grunddaten aller – nach (Sub-) Regionen zusammengefasster – Länder südlich des Rio Grande. Dass er sich für die „Klein- und Kleinststaaten im Karibischen Raum“ jeweils mit tabellarischen Darstellungen ihrer demographischen, sozialen und wirtschaftlichen „Kennziffern“ begnügt, leuchtet ein. Indes fragt sich, warum an diesem Katzentisch auch die Dominikanische Republik Platz nehmen muss – als Land immerhin spanischer Zunge doch eigentlich bei den Grossen platzberechtigt, wo sich selbstverständlich Cuba und sogar ihr frankophoner Insel-Nachbar Haiti finden.

Berichtszeitraum ist das Jahr 1999, was die meisten statistischen Tabellen bei 1998 enden lässt. Den Nutzen des Bandes als Nachschlage-Werk wie auch den Wert seiner Textbeiträge mindert dies jedoch nicht im geringsten. Die für die Leserschaft dieser Zeitschrift vor allem interessanten politischen Verhältnisse (Parteien, Zusammensetzung von Regierungen, Kräfteverhältnisse in den Parlamenten pp.) finden sich ohnehin durchweg bis Juli/August 2000 nachgeführt.

Die Themen des ersten Teils entstammen heuer ausschließlich lateinamerikanischer Innenpolitik. Der Aufmacher von *Detlef Nolte*, Hamburg („Lateinamerikas Parteien zwischen Volatilität und Beharrung“) gibt eine höchst informative *tour d'horizon* zu Standorten und Entwicklungen iberamerikanischer Parteiensysteme in den 80er und 90er Jahren. Vor dem Hintergrund von 82 Schrifttumstiteln und 5 Statistiken zu Akzeptanz, „Flüchtigkeit“ und Vitalität der Parteien im lateinamerikanischen Vergleich nimmt der Autor die politikwissenschaftliche Bewertung der demokratischen Funktion politischer Parteien im fast sinus-kurvigen Wechsel von Grabgesang (in den Jahren der Diktatur) und Hosianna (seit den Demokratisierungsschüben) zum Anlass, nachhaltigen Forschungsbedarf zur Relation zwischen Parteien- und Systemqualität anzumelden. *Manfred Wöhlcke*, Ebenhausen („Das Bevölkerungswachstum in Lateinamerika“) reklamiert zu Recht für den – überraschend vielerorts unterschätzten – Gegenstand seiner Analyse einen der obersten Plätze auf der politischen Agenda in Gegenwart und Zukunft. Die regionale Problemdimension verdeutlicht insbesondere sein Vergleich, was es sogar für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland bedeuten würde, wüchse hier die (eigene) Bevölkerung um jährlich rund 1,5 Mio. Menschen – etwa die Einwohnerzahl Münchens. Regionale Entwicklung, Altersstruktur, soziale Systeme, Urbanisierung, Umwelt und Ressourcen, demokratische Stabilität, sicherheitspolitische Gewichtsverlagerungen und internationale Migration sind denn

<sup>1</sup> Unter den Jahrbüchern des Deutschen Übersee-Instituts Hamburg erscheinen das Japan-Jahrbuch schon seit 1977, das Afrika- und das Nahost-Jahrbuch seit 1988; jüngeren Datums sind lediglich das Korea-Jahrbuch (1996) und das Indien-Jahrbuch (1998).

<sup>2</sup> Vgl. die Rezension des 1996er Bandes von *Frank Niemeyer* in VRÜ 30 (1997), S. 425 ff.

auch die Eckpunkte, an welchen sich der Autor orientiert, wobei namentlich der letztgenannte Aspekt hierzulande dürfte aufhorchen lassen.

Ein in der Sache nicht weit entferntes Feld bearbeitet *Susana Sottoli*, Asunción („Sozialpolitik in Lateinamerika im Zeichen von Marktwirtschaft und Demokratie“). Die auch dort innert der letzten 15 Jahre favorisierte Entthronung des Staates zugunsten des Marktes mittels Deregulierung, Dezentralisierung, Privatisierung lasse tradierte Sozialpolitiken umschlagen in stärker neoliberal geprägte Ansätze. Frühere sozialpolitische Zielvorstellungen – „Solidarität, Verteilungsgerechtigkeit, Kollektivismus, Egalitarismus“ – wichen neuen Wertigkeiten wie „Subsidiarität, Individualismus, Selbstverantwortung, Voluntarismus, Residualismus, individuelle Freiheit, Leistung, Effizienz“. Dies korrespondiere mit einem auch entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel, so beispielsweise im Bereich wirtschaftlicher Regelungsmuster weg vom starken Staatsinterventionismus, mittels dessen der Staat fungiert habe als „(...) wirtschaftlicher Allokateur von Ressourcen und als Hauptentwicklungsträger“ hin zum „Markt als zentralem Allokationsmechanismus, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft bzw. subsidiäre Rolle des Staates“. Die Autorin lässt keinen Zweifel aufkommen, dass hier nicht alles, was theoretisch glänzt, auch praktisch Gold ist: So dienten Privatisierung und Dezentralisierung nicht selten lediglich einer Entlastung des Zentralstaates, ohne dass zugleich die für eine erfolgreiche Aufgaben-Delegation notwendigen persönlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen würden. Deshalb, so das Fazit, sollten privatisierten wie dezentralisierten Sozialleistungen distributive und sozialausgleichende Elemente implementiert werden. Auch dies ist gewiss leichter gesagt als getan; aber richtig ist allemal, dass Dezentralisierung nicht schlichtweg vertikales *out-sourcing* sein kann, wobei übrigens – aber das richtet sich an die Dezentralisierungs-Debatte allgemein – man sich mitunter eine präzisere Begrifflichkeit wünscht, denn etliches, was in jener Debatte „Dezentralisierung“ heißt, wäre in Wahrheit, sofern lediglich die unmittelbare Staatsverwaltung vertikal entflochten werden soll, Dekonzentrierung.

Thematisch nahtlos schließt das Autoren-Duo *Barbara Kloss-Quiroga / Axel Kroeger*, Berlin / London, auf mit seinem Beitrag („Gesundheitssituation in Lateinamerika und Reformen im öffentlichen Gesundheitswesen“). Sie demonstrieren den auch von ihnen beobachteten Paradigmenwechsel zu neoliberalen Denkmustern in der lateinamerikanischen Sozialpolitik auf deren sensibelstem Sektor anhand allgemeiner Grundfaktoren wie vor allem Art und Umfang der Gesundheitsdienste, struktureller und funktionaler Reformbedarf, Rolle des Staates sowie gesundheitspolitische Strategien und Einflüsse internationaler Geberorganisationen wie Weltbank, WHO, Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), Panamerikanische Gesundheitsorganisation (PAHO). Vor der Notwendigkeit, der gesamten Bevölkerung gleichen Zugang zur notwendigen gesundheitsdienstlichen Versorgung zu verschaffen und zu sichern, gewinnen solche gesundheitspolitischen Reformstrategien auch allgemein politisch-partizipative Dimensionen. Wie sich diese Strategien zur Effektivierung der gesundheitsdienstlichen Versorgung mittels Berücksichtigung aller im Gesundheitssektor tätigen Organisationen nach dem Grundsatz, so viel Privatisierung wie möglich, so viel dezentralisierte Staatlichkeit wie nötig, bislang konkret ausgewirkt haben,

demonstrieren die Autoren anschließend an drei Fallbeispielen: Bolivien, Chile und Kolumbien. Die allen drei Ländern gemeinsame, normativ komplette Umstrukturierung traf bei der Delegation des Gesundheitswesens an die Gemeindeebene auf hier jeweils höchst unterschiedlich entwickelte administrative und personelle Gegebenheiten. Dabei hat es Bolivien mit seiner ohnehin für eine flächendeckende gesundheitsdienstliche Vernetzung wenig förderlichen Geographie auch und vor allem wegen seines beträchtlichen strukturellen Nachholbedarfs augenscheinlich am schwersten. Chile ist am anderen Ende des Spektrums bereits so weit, in Zusammenarbeit mit der PAHO ein Qualitätssicherungssystem für Krankenhäuser und ein aufwendiges Arzneimittelkontrollprogramm anzusteuern. Kolumbien wollte schon vor fünf Jahren mit seinen Reformen durch sein, stand 1999 mit der Umsetzung der Dezentralisierung aber noch immer bei erst 50% seiner Departements und etwa 5% seiner Gemeinden.

Was das Lateinamerika-Jahrbuch sodann in den folgenden einzelnen Länder-Berichten („Basisdaten – Kennziffern – Chronologien“) an äußerst gewissenhaft und sorgfältig ineinander gefügten Details zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen Ereignissen und Vorgängen pro Land bietet, lässt kaum etwas zu wünschen übrig. Nicht zuletzt diese Berichte, die ohnehin quantitativ den Löwenanteil ausmachen, hat man im Blick, wenn man auch diesem Band verdienstermaßen attestiert, eine profunde und weiterempfehlenswerte Informationsquelle zu sein nicht nur für diejenigen, denen die Verhältnisse in Lateinamerika professionales Forschungsobjekt, sondern auch für alle, denen sie aus anderen Gründen ans Herz gewachsen sind.

*Karl-Andreas Hernekamp, Hamburg*

*Arne Rathjen* (Hrsg.)

### **Neue Aspekte des Wahlrechts und des gewerblichen Rechtsschutzes in Brasilien und Deutschland**

Schriften der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Band 27

Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, 1999, 137 S., DM 65,--

Der Herausgeber, der Berliner Rechtsanwalt *Arne Rathjen*, veröffentlicht in diesem Tagungsband die Beiträge zur 16. Jahrestagung der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung im Jahre 1997. Die ersten Beiträge von Prof. Sérgio Sérvulo da Cunha, Prof. Dr. Friedrich Müller und Prof. Dr. Wolf Paul widmen sich dem Themenkomplex Wahlrecht, die von Prof. Dr. Fritz Traub, Sibylle E. Schlatter, Gert Egon Dannemann und Juliana Viegas dem Themengebiet gewerblicher Rechtsschutz.

In einigen einleitenden Vorbemerkungen zu seinem Beitrag über der Wiederwahl des Präsidenten der Republik geht *Sérgio Sérvulo da Cunha* auf den generellen Aspekt der Wie-